wilma

Wilhelmstädter Magazin Nr. 1, Februar / März 2019

Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos und werbefrei, Herausgeber: Bezirksamt Spandau von Berlin, Stadtentwicklungsamt

TANJA SCHNITZLER

Seiten 3 und 4
Ausblick 2019

Wilhelmstädter Vorhaben – und warum es bei vielen Neubauprojekten immer wieder zu Verzögerungen kommt.

Seite 8/9
Genossenschaftsbau am Südhafen?

Ein Interview mit Ex-Baustadtrat Carsten Röding, jetzt Vorstand der Charlottenburger Baugenossenschaft.

Seite 13
Wilhelmstraße 1–3

Eine Kindheit in der Wilhelmstraße 3. Eine neue Publikation zur Wilhelmstädter Geschichte ist gerade erschienen.

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, welchen Ort in der Wilhelmstadt das Bild zeigt, schickt die Lösung – bitte mit genauer Absenderadresse! – an die Redaktion: »Wilma«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, oder per Mail an: wilma@berliner-ecken.com Einsendeschluss ist Montag, der 18. März. Unter den richtigen Einsendungen wird ausgelost, der Gewinner erhält einen 20-Euro-Büchergutschein für die Dorotheenstädtische Buchhandlung. Unser letztes Bilderrätsel zeigte den Giebel der Bebauung in der Pichelsdorfer Straße 118. Gewonnen hat Karsten Raabe – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Champions League im Kombibad? Die Wasserballer kehren zurück

Die erfolgreichste Ballsport-Mannschaft Europas kehrt aller Voraussicht nach wieder zurück in die Wilhelmstadt. Im Kombibad Süd trugen die Wasserfreunde Spandau 04 bis zum Jahr 1994 ihre Spitzenspiele aus, bis sie in die Schul- und Lehrschwimmhalle Schöneberg auswichen. Jetzt plant der Senat die Errichtung einer Wasserballarena auf dem Gelände an der Gatower Straße.

Das geht aus der Antwort der Senatsverwaltung für Inneres und Sport auf eine Anfrage des Abgeordneten Peter Trapp (CDU) hervor. Darin bestätigt Staatssekretär Aleksander Dzembritzki entsprechende Planungen: »Inwieweit das Kombibad Spandau-Süd dabei erweitert oder ein separater Neubau auf dem Gelände entsteht, bedarf noch eingehender Untersuchungen. Insoweit kann auch noch kein konkreter Zeitplan der Umsetzung benannt werden.« Der Senat schätze das Investitionsvolumen auf rund 20 Millionen Euro, die Finanzierung sei noch nicht gesichert. Das wäre ein großer Erfolg für die Spandauer Bezirkspolitik, die sich parteiübergreifend stark für die Rückkehr der Wasserfreunde eingesetzt hat.
Mit 85 nationalen und internationalen Titeln, darunter 35 deutsche Meisterschaften, bezeichnen sich die Wasserballer des Spandauer Traditionsvereines als die erfolgreichste Ballsport-Mannschaft Europas. Das sind mehr, als der FC Bayern München im Fußball aufweisen kann, der »nur« auf 70 Titel bzw. 28 deutsche Meisterschaften kommt. Die Wasserfreunde betreiben darüber hinaus Schwimmen in allen Leistungs- und Altersklassen und andere Sportarten wie Tennis, Bootssport, Tauchen oder Sportangeln. Besonders erfolgreich sind auch die Modernen Fünfkämpfer, die zusammen mit ihren lokalen Konkurrenten vom TSV Spandau 1860 im vergangenen Jahr sämtliche Titel der Internationalen Deutschen Meisterschaften erringen konnten. *cs*

Zum Titelbild

Unser Titelbild zeigt Bettina Gräbnitz in ihrem Laden »Betty macht Druck« in der Weißenburger Straße 20. Mehr dazu auf Seite 11.

WILMA im Internet

Alle bisher erschienenen Ausgaben der WILMA findet man auch im Internet mit sämtlichen Ausgaben als PDF unter: www.wilhelmstadt-bewegt.de/was-bewegt-sich/wilma

Die nächste WILMA ...

... erscheint Ende März 2019.

Termine im Stadtteilladen Adamstraße 39

Sprechzeiten des Geschäftsstraßenmanagements: Di und Mi 10–13 Uhr

Sprechstunde des KoSP (Gebietsbeauftragte für die Wilhelmstadt): Fr 9–14 Uhr

Öffentliche Sitzungen der Stadtteilvertretung: jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.15 Uhr

Stadtteilvertretung, AG Verkehr: jeden 2. Mittwoch im Monat, 19–21 Uhr

Beratungsangebote des Sozialteams im Stadtteilladen: siehe S. 15

AG »Geschichte und Geschichten«

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der jüngeren Geschichte der Wilhelmstadt, baut derzeit ein Archiv auf und trifft sich jeden zweiten Montag und jeden letzten Donnerstag im Monat um 17 Uhr im Stadtteilladen.

LOGOS e.V.

Sprachkurse »Deutsch kommunikativ« (Deutsch-Russisch):
Fr 17–19 Uhr, telefonische Anmeldung: 0176-56836058 oder 0179-3757818
Schachtraining (Anfänger, für Kinder ab 8 Jahren): donnerstags, 16.30 Uhr, Anmeldung: Tel. 0162-2505565

SELAM

(Sozialarbeit für Kinder und Jugendliche)
Ansprechpartner: Mesut Göre,
Kontakt: Tel. 0176-34 93 90 44

Impressum

HERAUSGEBER *Bezirksamt Spandau von Berlin, Abt. Bauen, Planen und Gesundheit; Stadtentwicklungsamt*
REDAKTION *Christof Schaffelder, Ulrike Steglich*
REDAKTIONSADRESSE *»Wilma«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, mail: wilma@berliner-ecken.com*
FOTOREDAKTION *Tanja Schnitzler, fotografie@tanjaschnitzler.de*
ENTWURF UND GESTALTUNG *Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com*
DRUCK *BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH www.berliner-zeitungsdruck.de*
V.I.S.D.P. *Ulrike Steglich / Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.*

Endlosbaustelle »Wildwuchs«

2019: Was bringt das Jahr für die Wilhelmstadt?

Vor allem zahlreiche Verzögerungen ...

Im Bezirk ist derzeit einiges in Bewegung: Ende letzten Jahres sorgte die Nachricht, dass Siemens sich für Spandau entschieden hat und dort ein ganzes Campus-Areal aufbauen möchte, für gute Stimmung bei Bezirkspolitikern und auch vielen Spandauer Bürgern.

Dass sich Unternehmen bewusst für Spandau als Standort entscheiden, wird als positives Zeichen gewertet: Denn ein so großer Bezirk wie Spandau braucht auch eine gute Mischung aus Wohnen, Arbeitsplätzen, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen und Grün- und Freiflächen – will man nicht, dass manche Viertel zur bloßen Wohn- und Schlafstadt werden, deren Bewohner zum Arbeiten weite Strecken pendeln müssen.

Ohnehin ist in Sachen Wohnungsbau in Spandau derzeit so viel in Bewegung wie in kaum einem anderen Berliner Bezirk. Gleich an mehreren Standorten ist Wohnungsbau in Größenordnungen geplant, Tausende neuer Wohnungen entstehen, die die Gesamtstadt auch braucht. Umso drängender wird die Frage nach möglichst zügigen Lösungen für das Verkehrsproblem, denn bekanntlich platzt der öffentliche Nahverkehr in Spandau schon jetzt aus allen Nähten – insbesondere die Buslinien sind längst am Rand der Kapazitäten, und auch der Regionalverkehr wird immer stärker beansprucht. Irgendwie müssen aber auch Tausende, die potenziell neu nach Spandau ziehen werden, zusätzlich transportiert werden können. Von den PKW-Staus, die schon jetzt zu Stoßzeiten viele Hauptstraßen belasten, mal ganz zu schweigen.

Gemessen an diesen Projekten, nimmt sich das derzeitige Geschehen in der Wilhelmstadt – nun ja, eher verhalten aus. Das liegt zum großen Teil daran, dass diverse wichtige Projekte – z.B. der Neubau einer Sporthalle an der Christoph-Földerich-Grundschule oder der Neubau für die Jugendfreizeitstätte Wildwuchs – die Planungsphase längst durchlaufen haben und kurz vor der Realisierung stehen bzw. deren Realisierung bereits läuft, aus vielerlei Gründen erheblich verzögern (siehe dazu S. 4). Mit anderen Worten: Es ist nicht so, das nichts passiert, nur eben teilweise sehr schleppend.
Immerhin: Die notwendigen Vorbereitungen und konkreten Planungen für die demnächst größte Baustelle im Gebiet, nämlich der Bau eines neuen Quartiers auf der alten Postbrache, laufen auf Hochtouren, die meisten Gebäude sind bereits abgerissen, im nächsten Jahr soll der Bau beginnen.
Dagegen dümpelt ein anderes kleineres Vorhaben in unmittelbarer Reichweite nun schon seit fünf Jahren vor sich hin, zerrieben zwischen langen Zuständigkeitsstreitereien, Gutachten und immer neuen An- und Nachforderungen – nämlich die DB-Unterführung, deren unsäglicher Zustand (Müll, Taubenkot, mangelnde Beleuchtung) für viele ein ständiges Ärgernis ist. Bei wieder anderen Vorhaben wartet man ewig auf Genehmigungen anderer beteiligter Behörden. Berüchtigt ist dabei vor allem die Verkehrslenkung Berlin (VLB), die übergeordnete Verkehrsbehörde beim Senat, bei der man oft Monate auf eine Baustellenanordnung bei Hauptverkehrsstraßen oder eine Genehmigungsunterschrift wartet, weshalb sie auch schon Stau-Behörde genannt wurde. Immerhin hat nun sogar die Verkehrssenatorin das Problem erkannt und umfassende Veränderungen angekündigt, u.a. die Aufstockung des Personals sowie die Auflösung als eigenständige Behörde und Eingliederung in die Senatsverkehrsverwaltung. Allerdings wird es, wie auch in vielen unterbesetzten Bezirksverwaltungen und Fachämtern, nicht einfach sein, geeignetes Personal zu finden, denn die Konkurrenz um qualifizierte Fachleute ist groß.
Immerhin dürften in diesem Jahr zumindest einige kleinere Vorhaben in der Wilhelmstadt realisiert werden, z.B. die dauerhafte Abhängung der westlichen Weißenburger Straße nach langem Beteiligungsverfahren. Denn bis April müssen die provisorischen Schilder entfernt werden. Die geplante umfassende Neugestaltung des Platzbereiches Pichelsdorfer/Weißenburger lässt allerdings weiter auf sich warten, denn sie würde nur im Zuge der gesamten Neugestaltung der Pichelsdorfer Straße ab Metzer Platz sinnvoll sein.
Und eigentlich sollte der Umbau der Pichelsdorfer als nächstes wichtiges Vorhaben in der Wilhelmstadt in diesem Jahr endlich beginnen – schließlich waren alle notwendigen Gutachten, Vorbereitungen, Planungen und Zustimmungen der Fachämter abgeschlossen und auch eine breite Bürgerbeteiligung erfolgt, die Fördergelder stehen längst bereit. Doch da melden sich die Wasserbetriebe, die nach Jahren urplötzlich feststellen, dass zwischen Wilhelmstraße und Adamstraße Wasserleitungen erneuert werden müssen. Die Folge: Verzögerung der Umgestaltung um mindestens ein Jahr, und das ist noch eine sportliche Schätzung. Aus denselben Gründen, nämlich Erneuerungsarbeiten der Wasserbetriebe, verzögert sich auch der Umbau der Götelstraße auf das Jahr 2020.
Immerhin kann wenigstens das ISEK, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept für das Gebiet, nach umfangreicher Ämter- und Bürgerbeteiligung abgeschlossen werden. Doch das ist eben lediglich Papier, für die Bürger unmittelbar sichtbare Baumaßnahmen folgen daraus nicht.
Die Summe vieler unterschiedlicher Gründe führt zum Paradox, dass aus vielerlei Gründen ausgerechnet in einem Sanierungs- und Fördergebiet des Programms »Aktive Zentren«, in dem erhebliche Mittel zur Umsetzung besonderer städtebaulicher Maßnahmen bereitgestellt werden, vieles oft schleppender vorangeht als in anderen Gebieten. *us*

Mehr dazu im Kommentar auf Seite 4.

Kommentar

Warum dauert das eigentlich alles immer so lange?

Willkommen im Behördendschungel-Irrsinn – eine Polemik

Den Vogel schossen kürzlich die Berliner Wasserbetriebe ab. Bekanntlich gibt es seit langem das Vorhaben, die Pichelsdorfer Straße ab Metzer Platz Richtung Heerstraße neu zu gestalten. Nach umfangreichen Prüfungen kam man zu dem Ergebnis, dass an den Fahrbahnen kaum etwas verändern kann, den beschränkten Platz müssen sich BVG-Busse weiter mit PKW und Radverkehr teilen. Also konzentrierten sich die Neugestaltungspläne auf einige Querungshilfen für Fußgänger sowie die Gehwege links und rechts.

Zu den Planungen gehört es auch, die Leitungsbetriebe (Strom, Wasser etc.) anzufragen, ob sie in dem Bereich Arbeiten für notwendig halten, die dann im Vorfeld erledigt werden müssten. Die Anfrage bei den Wasserbetrieben erfolgte vor drei (!) Jahren. Inzwischen wurden Bürger- und Fachämterbeteiligung abgeschlossen und die Umgestaltungspläne fertiggestellt. In diesem Jahr sollte der Umbau endlich beginnen, Fördergelder stehen längst bereit – nun aber fiel den Wasserbetrieben nach drei Jahren plötzlich ein, dass doch noch Leitungen zu erneuern sind. Planungsdauer: ca. anderthalb Jahre, Baubeginn nicht vor 2020. Und wieder warten alle. Sanktionen? Geht nicht: die Wasserbetriebe sind nämlich auch landeseigen …

Es sind Fälle wie dieser, die die unmittelbar Sanierungsbeteiligten – das Stadtplanungsamt, das KoSP als gebietsbetreuendes Büro, aber auch die Stadtteilvertretung – immer öfter an den Rand der Verzweiflung bringen. Wieder mal müssen Fördergelder kunstvoll umgeschichtet werden, damit sie nicht verfallen. Bauleistungen können nicht ausgeschrieben und beauftragt werden. Und wie soll man den ganzen Schlamassel überhaupt noch den Bürgern erklären?

So läuft es derzeit mit mehreren Projekten, die sich immer wieder aus unterschiedlichen Gründen verzögern, obwohl sie laut ursprünglicher Planung bereits fertiggestellt oder in Bau sein sollten. Das Muster dabei ist oft dasselbe: In der Planungsphase geht noch alles halbwegs reibungslos über die Bühne. Die Probleme beginnen dann oft in der Beteiligungsphase, wo unterschiedliche Fachämter und Behörden einbezogen werden müssen, man also auf eine reibungslose Kooperation angewiesen ist. Dann wartet man ewig auf eine Genehmigung, die oft nur aus einer schlichten Unterschrift bestünde. Oder es muss nochmals geprüft werden, was bereits geprüft worden ist. Die Fachämter begründen die Wartezeiten mit chronischer personeller Unterbesetzung und Überlastung.

Hinzu kommt die ausufernde Zahl externer Behörden und Experten, die schon aus formalen Gründen beteiligt werden müssen, und damit immer mehr Bedenkenträger. Manchmal sind gleich drei Ebenen involviert, nämlich Bezirks-, Landes- und Bundesbehörden. Die Faustregel scheint manchmal zu sein: Je kleiner eine Baumaßnahme, desto mehr Beteiligte. Und, so könnte man sarkastisch anmerken, manche brauchen eben auch sehr viel Zeit, um Gründe zu finden, warum etwas KEINESFALLS möglich ist.

So kann eine technische Lösung für ein an sich winziges Thema wie die Überbrückung eines Rinnsals zum elefantösen Problem aufgebläht werden. Angefangen damit, dass das Ding keinesfalls leichtfertig »Brücke« genannt werden darf, denn dann werden gleich viel höhere Anforderungen gestellt. So kommt es, dass ein schlichter Steg über den Burgwallgraben vermutlich länger dauern wird als der Bau der Öresundbrücke zwischen Kopenhagen und Malmö.

Zum traurigen Dauerbrenner wurde der Neubau für die Jugendfreizeitstätte »Wildwuchs« – allein die Liste der Verzögerungsursachen bis heute würde schon diese Seite sprengen, und dabei sind wir heute erst bei der Ausschreibung für den Bau einer Bodenplatte in der Baugrube … Es reichte beispielsweise schon das Versäumnis des zuständigen Fachamtes, beim Abtransport von Abrissschutt eine Deponie als Zielort anzuordnen – schon bleibt der Schutt liegen und stoppt den Bau wochenlang. Die neue Sporthalle an der Földerich-Grundschule lässt wiederum auf sich warten, weil zusätzliche Anforderungen an den Bau eine neue Kalkulation erforderlich machten, der erhöhte Finanzbedarf musste begründet und geprüft werden, und dann war die Frage, wer die Zusatzkosten übernimmt … Man könnte doch, schlug jemand vor, wenigstens schon mal als bauvorbereitende Maßnahme den Abriss eines ungenutzten Gebäudes vornehmen. Gute Idee. Doch der Abriss müsste vor dem Beginn der offiziellen Vogelnistzeit bis Ende Februar erfolgen. Und zunächst müsste laut Umweltamt ein Ornithologe ran, der das Gebäude auf eventuelle Nistplätze untersucht. Und die müssten dann fachgerecht verschlossen werden. Und beide Leistungen – die Begutachtung und das Dichtmachen – müssten öffentlich ausgeschrieben werden. Denn auch die verschärften Ausschreibungsregeln treiben immer wildere Blüten. Abgesehen davon, dass eine Ausschreibung mit allen einzuhaltenden Fristen sich über Monate hinziehen kann …

Wer dann immer noch nicht die Stirn mehrfach auf die Tischplatte knallt, muss wirklich Nerven wie Stahlseile haben. Und das war nur eine kleine Kostprobe. Und wenn dann mal wirklich der Bau endlich beginnen könnte, kommt garantiert wieder irgendein Wetter: Frost, oder Starkregen …

Was es bräuchte, damit sich etwas ändert? Mehr Kooperation zwischen den einzelnen Behörden, allen voran die bezirklichen Fachämter. Deutlich entschlackte Verfahren und Vorschriften. Klare Fristen und Sanktionsmöglichkeiten. Weniger Mehrstufigkeit, klare und einfache Zuständigkeiten. Mehr Personal, vor allem mehr motivierte Mitarbeiter, die Verantwortung übernehmen. Dann wäre schon viel gewonnen … *us*

Weil die »Deutsche Wohnen« wütet

Die Mieterberatung im Stadtteilladen hat reichlich zu tun

Seit letztem September findet im Stadtteilladen Adamstraße 39 immer donnerstags eine öffentliche Mieterberatung durch den »Alternativen Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.« (AMV) statt. Doch seit dem Jahreswechsel ist sie beschränkt auf die Morgenstunden zwischen 8 und 10 Uhr, vorher bestand das Angebot zwischen 8 und 16 Uhr. Dabei zeigen die Erfahrungen der ersten Monate, dass das Beratungsangebot in der Wilhelmstadt dringend erforderlich ist.

»Wir haben zwischen September und Dezember im Stadtteilladen insgesamt 69 Beratungsgespräche durchgeführt«, erzählt Marcel Eupen. Damit liege die Beratungsstelle in der Wilhelmstadt an dritter Stelle unter den sieben dezentralen Beratungsangeboten, die der AMV im Auftrag Spandaus betreibe. Nur in Staaken und im Falkenhagener Feld sei die Nachfrage größer. Dort verfügt das börsennotierte Wohnungsunternehmen »Deutsche Wohnen« aber auch über größere Bestände als in der Wilhelmstadt: »Wir hatten im Stadtteilladen insgesamt 22 Fälle von Mieterhöhungen – sämtliche betrafen Wohnungen der Deutschen Wohnen.« Die bewirtschaftet hier die Bestände der ehemals kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GSW, darunter auch viele Häuser in der Siedlung entlang der Betckestraße, Weverstraße, Wörther Straße und Pichelsdorfer Straße. »Bei diesen Mieterhöhungen geht die Deutsche Wohnen immer nach dem gleichen Muster vor«, erläutert der Rechtsberater. »Stets wird der Maximalbetrag von 15% Erhöhung gefordert und wenn die Mieter darauf verweisen, dass das Ergebnis über dem für sie zutreffenden Mietspiegelwert liegt, heißt es, dass der Mietspiegel in diesem Fall nicht gelte. Wenn der Mieter das nicht akzeptiert, zieht die Deutsche Wohnen vor Gericht.«

Von einem »Großangriff auf den Berliner Mietspiegel« durch die Deutsche Wohnen spricht auch der Berliner Mieterverein, die größte Mieterorganisation der Stadt. Und der Regierende Bürgermeister geht inzwischen sogar so weit, dass er den Rückkauf der insgesamt rund 60.000 Wohnungen der GSW erwägt, die im Jahr 2004 für rund 400 Millionen Euro privatisiert wurden. Das würde allerdings mehrere Milliarden Euro kosten, was auch in Zeiten sprudelnder Staatseinnahmen nicht mal eben mit links zu bewältigen wäre. Zumindest aber hat der Senat im vergangenen Jahr den Bezirken Mittel für kostenfreie Mieterberatungen zur Verfügung gestellt. Vor allem den Mietern der Deutschen Wohnen sei aber dringend angeraten, auch rechtzeitig einer Mieterorganisation beizutreten, die mit einem Jahresbeitrag von um die 100 Euro auch einen Versicherungsschutz anbietet, der die Kosten für etwaige Prozesse abdeckt. Denn die Prozesskosten können schnell in die Tausende gehen, vor allem, wenn aufwändige Gutachten erforderlich sind – und die Deutsche Wohnen legt es offenbar auf solche teuren Prozesse an. Diesen Versicherungsschutz benötigt man aber, bevor die Mieterhöhung im Briefkasten liegt – je nach Mieterorganisation beträgt die Sperrfrist zwischen einem und drei Monate.

Gegen die Verkürzung der Beratungszeiten im Stadtteilladen protestiert der AMV inzwischen öffentlich. Auch der zuständige Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ordnung und Jugend, Stephan Machulik (SPD) meldete sich in einer Presseerklärung zu Wort: Da die Beratungen erst im September aufgenommen werden konnten, sei es im vergangenen Jahr möglich gewesen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln »in der Startphase ein größeres Angebot befristet bis zum Jahresende anzubieten«, so schreibt er. »Ab 2019 erfolgt dann der verabredete Angebotsumfang.« cs

Mehr dazu sowie die Zeiten und Orte der Mieterberatung in den einzelnen Gebieten finden Sie auf S. 6.

Spandauer Bürgerämter am 15. Februar geschlossen

Aufgrund einer Personalmaßnahme für alle Beschäftigten des Bezirksamtes Spandau am Freitag, 15. Februar, bleiben alle Standorte des Spandauer Bürgeramtes ganztägig geschlossen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Bürgeramt unter der Telefonnummer 115.

Schließzeiten im Bereich Grundsicherung!

In der Zeit vom 29.01. bis zum 12.02.2019 bleibt der Bereich der Leistungsgewährung der Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt und Asylbewerberleistungsgesetz für den Publikumsverkehr geschlossen. Am 29.1., 5.2. und am 12.2. bietet der Bereich Notsprechstunden an.
Für dringende Fälle ist montags und donnerstags in der Zeit von 9–12 Uhr sowie freitags in der Zeit von 9–11 Uhr der Bereich wie folgt zu erreichen: 90279-3574 und 90279-3676 sowie soz31@ba-spandau.berlin.de und soz33@ba-spandau.berlin.de.
Die Soziale Wohnhilfe steht in der genannten Zeit unter 90279-3341, E-Mail: soz32@ba-spandau.berlin.de zur Verfügung. Die Erstberatung ist von der Schließzeit nicht betroffen.
Bezirksstadtrat Gerhard Hanke erklärt: »Auf Grund der stetig ansteigenden Anzahl der Neuanträge und der damit verbundenen Arbeiten war eine Umstrukturierung dringend erforderlich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in dieser Zeit entstandene Arbeitsrückstände aufarbeiten. Wir sind sehr bemüht, die Umstrukturierung so reibungslos wie möglich von statten gehen zu lassen, damit sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schnellstmöglich wieder um Ihre Belange kümmern können. Selbstverständlich stehen die Kolleginnen und Kollegen in den genannten Notsprechstunden gerne persönlich zur Verfügung.«

Hier der Wortlaut der Pressemitteilung von Stephan Machulik, Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ordnung und Jugend zum kostenlosen Mieterberatungsangebot für 2019:

»Aufgrund anderslautender Presseinformationen sei hier nochmals darauf hingewiesen, wie und warum sich ab Januar die Angebote verändert haben.
Das Bezirksamt hatte im letzten Jahr (wie alle Bezirke) mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen im Rahmen des Bündnis für Wohnungsneubau und Mieterberatung in Berlin 2018 – 2021 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, in dessen Rahmen auch die kostenfreie Mieterberatung ausgebaut wurde. Das Bezirksamt hatte nach einem Interessenbekundungsverfahren hierzu Kooperationsvereinbarungen zur Umsetzung in 2018/19 mit drei Vereinen abgeschlossen. Aufgrund des notwendigen Vorlaufs konnten die Angebote erst ab Spätsommer hochgefahren werden. Aus den verbliebenen Restmitteln in 2018 wurde dem Alternativen Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V. (AMV) ermöglicht, in der Startphase ein größeres Angebot befristet bis zum Jahresende anzubieten.
Der Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ordnung und Jugend, Stephan Machulik, stellt fest: ›Der Bezirk hat dem AMV die Mittel nicht gekürzt. Dieser wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die temporäre Ausweitung nur aus den Restmitteln 2018 erfolgt. Ab 2019 folgt dann der vereinbarte Angebotsumfang. Ich bin schon erstaunt, dass trotz mündlicher und schriftlicher Hinweise nun eine Darstellung erfolgt, dass das Bezirksamt aktiv eine Kürzung vorgenommen hätte.‹
Wie in der Pressemitteilung vom 28.12.2018 verkündet, gibt es ab Jahresbeginn für die Spandauer Bürgerinnen und Bürger im Schnitt über 40 kostenlose Beratungsstunden pro Woche an zehn Standorten im Bezirk, die wir mit den vorhandenen Mitteln leisten können. Gegenüber früheren Jahren, in denen vier Stunden pro Monat angeboten wurden, ist das eine extreme Steigerung 2019!
Die bisherige Inanspruchnahme zeigt zwar, dass ein großer Beratungsbedarf vorhanden ist, gleichwohl sind die bezirklichen Kapazitäten nicht gleichermaßen genutzt. Umfang und Inhalt der Auswertungen schauen wir uns ohnehin genau an, ob und wie das Angebot für 2020 weiterzuentwickeln ist. Hierbei ist auch zu überprüfen, ob sich das kooperative Modell bewährt und ob weiterhin Mittel vom Senat zur Verfügung gestellt werden.«

TANJA SCHNITZLER

Für Naschkatzen: Neuer Waffel- und Eisladen in der Pichelsdorfer
Bei diesen frostigen Temperaturen wird vielleicht den wenigsten der Sinn nach einem Eis stehen (außer natürlich den Kindern, die Eis bekanntlich immer lieben). Aber vielleicht wäre ein guter Kaffee und eine leckere heiße, hausgebackene Waffel nach Ihrem Geschmack? Dann wären sie in der Pichelsdorfer Str. 118, gegenüber dem Metzer Platz an der richtigen Adresse.
Dort eröffnete im letzten Jahr ein Eis- und Waffel-Café direkt neben dem Restaurant Zamazingo. Die unmittelbare Nachbarschaft ist kein Zufall, denn die Räume gehören zu Zamazingo, und der Eis- und Waffelladen wird von der Tochter der Familie geführt. Die ersten Fans hat er auch schon gefunden. Naschkatzen kommen hier voll auf ihre Kosten!

Übersicht der kostenfreien bezirklichen Mieterberatung Spandau (Stand 1.1.2019):

Wilhelmstadt
»Stadtteilladen Wilhelmstadt« (ehemalige Post), Adamstraße 39, 13595 Berlin
Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V., Do 8–10 Uhr,
Kontakt: 68 83 74 92 oder 0170 / 237 17 90

Spandau Mitte / Altstadt
Rathaus Spandau, Carl-Schurz-Straße 2–6, 13597 Berlin, Beratung: Berliner Mieterverein e.V., jeden 2.+4. Mo 16–18 Uhr, Do 13–15 Uhr (Anmeldung Tel. 115)

Falkenhagener Feld
»KieztreFF« (Einkaufszentrum Posthausweg), Falkenseer Chaussee 199, 13589 Berlin
Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V., Di 18–20 Uhr,
Kontakt: 68 83 74 92 oder 0170 / 237 17 90

»Mehrgenerationenhaus«, Im Spektefeld 26, 13589 Berlin, Beratung: Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.,
Mo+Mi 9–15 Uhr; Di+Do 9–12 Uhr u. 15–18 Uhr
Kontakt: 030/81852720, 0176/39110137, 0176/97452145, info@spandauer-mieterverein.de

Hakenfelde
»Seniorentreff Hohenzollernring«, Hohenzollernring 105, 13585 Berlin, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
Di 11–13 Uhr, Kontakt: 68 83 74 92 oder 0170 / 237 17 90

Haselhorst
»Gemeinwesenverein Haselhorst«, Burscheider Weg 21, 13599 Berlin, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
Mo 10–12 Uhr, Kontakt: 68 83 74 92 oder 0170 / 237 17 90

Neustadt
»Paul-Schneider-Haus«, Schönwalder Straße 23–24, 13585 Berlin, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
Di 15–17 Uhr, Kontakt: 68 83 74 92 oder 0170 / 237 17 90

Siemensstadt
»Stadtteilbüro Siemensstadt«, Wattstraße 13, 13629 Berlin, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.
Mo 13–15 Uhr, Kontakt: 68 83 74 92 oder 0170 / 237 17 90
»Familienzentrum Rohrdamm«, Voltastraße 2, 13629 Berlin, Beratung: Berliner Mieterverein e.V.
Mi 15–17 Uhr, Kontakt: 22 62 60

Staaken
»Stadtteilladen« (Staaken Center), Obstallee 28, 13593 Berlin, Beratung: Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V., Mo 16–18 Uhr, Kontakt: 68 83 74 92 oder 0170 / 237 17 90

Stadt ohne Menschen?

In eigener Sache

TANJA SCHNITZLER

Was macht eine Stadt aus? Ihre Sehenswürdigkeiten, ihre Geschichte? Ihre Bausubstanz? Ihre Kulturorte, Theater, Museen, Parks? Ihre Clubs, Shoppingmeilen?

Im schottischen Glasgow, einer klassischen Arbeiterstadt, habe ich den bislang schönsten Slogan einer Stadt gesehen: Er hieß schlicht »People are Glasgow« – die Menschen sind Glasgow.
Was Stadt wirklich ausmacht, sind immer die Menschen, die in ihr leben. Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts, unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Hautfarbe, unterschiedlicher Professionen, Einkommen und Bildung. Menschen, die morgens Kinder zur Kita bringen, Alte, die sich auf der Parkbank unterhalten, Menschen, die nach der Arbeit müde im Bus sitzen, die sich in Parks sonnen, Pakete oder Essen ausfahren, die die Stadt sauber halten oder sich auf Straßenfesten amüsieren, die ohne Wohnsitz oder ohne Arbeit und die ohne Sorgen … Eine Stadt wird erst durch die vielen Individuen zum lebendigen, pulsierenden Organismus.
Wir machen seit vielen Jahren Stadtzeitungen – Zeitungen für Stadtteile und für die Menschen, die in diesen Kiezen leben. Für uns sind sie das Wesentliche und das Interessanteste an unserer Arbeit. Zu einer guten Stadtzeitung gehören auch Fotos. Fotografien, die den Stadtteil in seiner Lebendigkeit und Vielfalt spiegeln, den Alltag und das Besondere, Überraschende. Stadtfotografie ist auch eine Fotografie des Augenblicks. Stadtfotografie ohne Menschen ist keine Stadtfotografie, sondern Architekturfotografie, oder Landschaftsfotografie.
Immer mal wieder blättere ich einem Bildband, »Photographie des 20. Jahrhunderts«. Einige meiner Lieblingsfotos sind darin. Der kleine Pariser Junge, der stolz zwei Flaschen Wein in seinen Armen nach Hause trägt – 1958 fotografiert von Cartier-Bresson. Oder »V-Day«, 1945 aufgenommen vom Berliner Fotografen Alfred Eisenstaedt, ein Schnappschuss: ein Marinesoldat küsst während der Siegesparade am Times Square überschwänglich eine junge Frau. Könnte man solche Bilder heute noch spontan und unbefangen machen?
Der Beginn des 20. Jahrhunderts war auch die Geburtsstunde der Stadtfotografie. Und Berlin war für Fotografen ein Eldorado. Noch in den 1990er Jahren war es unkompliziert, auf Straßen und Plätzen oder bei öffentlichen Anlässen zu fotografieren.
Mit dem Massenmedium Internet hat sich vieles verändert – auch die Bedingungen für die Fotografie. Der Einzug des Internet in den Alltagsgebrauch begann vor gerade mal zwanzig Jahren und veränderte die Welt ähnlich revolutionär wie die Gutenbergsche Erfindung des Bücherdrucks. Und wie jede Revolution bringt sie ganz neue Unsicherheiten und Fragen mit sich. Und viele Extreme. Die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit verschwimmen immer mehr. Während einerseits Milliarden privater Fotos unbekümmert per Instagram und Facebook veröffentlicht werden, viele bedenkenlos persönliche Daten ins Netz einspeisen und auch die voyeuristische Gafferfotografie, etwa bei Unfällen, dank Smartphone zum Massenphänomen wird, wächst andererseits das Misstrauen gegenüber den »Datenkraken« und die Angst vor Datenmissbrauch.
Das bekommen auch unsere Zeitungen zu spüren, in allererster Linie unsere Fotografen. Das diffuse Misstrauen unterscheidet nicht zwischen seriöser Stadtfotografie und unseriösen Methoden und Zwecken.
Etliche unserer Fotografen ziehen ihre Konsequenzen. Sie weigern sich inzwischen, auf Spielplätzen zu fotografieren, weil sie keine Lust haben, sofort unter Kinderschänder-Generalverdacht zu geraten. Sie fotografieren Menschen im öffentlichen Raum nur noch von hinten oder mit großer Unschärfe, damit man deren Gesichter nicht erkennt. Oder sie konzentrieren sich stärker auf Gegenständliches, Unpersönliches: Baustellen, Fassaden, Busse, Parks.
Unsere Fotografen sehen sich dazu schon aus Selbstschutz gezwungen – um sich nicht langen fruchtlosen Debatten, misstrauischen Verhören oder gar juristischen Klagen der Fotografierten auszusetzen. Diesen Einschnitt für den Fotojournalismus merkt man eben auch den Zeitungen an.
Die Gesetzgebung kann mit dem rasanten Tempo der digitalen Revolution nicht Schritt halten. Und die notwendigen Versuche, neue Regeln für den digitalen Umgang zu finden und Privatsphären zu schützen, gehen wegen mangelnder Differenzierung teilweise auch an Realitäten und den eigentlichen Zielen vorbei. Früher galten klare presserechtliche Regeln: Bei mehr als fünf Personen auf einem Foto muss man nicht mehr jeden um sein Einverständnis bitten. Das Fotografieren bei öffentlichen Veranstaltungen war weitgehend ohne Einschränkungen möglich. Spätestens mit der neuen Datenschutzverordnung hat sich all das gravierend verändert. Grundsätzlich ist sie gut gemeint. Doch für die Stadtfotografie ist sie eher verheerend. Schnappschüsse, spontane Momentaufnahmen auf offener Straße sind so kaum noch möglich, schon wegen des allgemeinen Misstrauens.
Eine Stadtzeitung ohne wirkliche Stadtfotografie ist ein Widerspruch in sich. Und wer von uns will wirklich, wenn er in eine Zeitung schaut, Fotos ohne Menschen, ohne den Blick in Gesichter – oder Gesichter, die nur noch eine Pixelmasse sind? *Ulrike Steglich*

»Genossenschaftscampus« am Südhafen?

Der frühere Baustadtrat Carsten Röding ist jetzt Vorstand der Charlottenburger Baugenossenschaft

Carsten-Michael Röding wurde Ende 1999 mit erst 27 Jahren Stadtrat für Stadtentwicklung in Spandau und behielt dieses Amt bis Ende 2016. Er hat also die Spandauer Bezirkspolitik der letzten Jahrzehnte maßgeblich geprägt. Vor der Berliner Wahl im September 2016 erklärte er jedoch, für das Amt nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Jetzt arbeitet er als Vorstand der Charlottenburger Baugenossenschaft eG.

Herr Röding, nach 17 Jahren als Baustadtrat von Spandau sind Sie jetzt seit zwei Jahren Vorstand der Charlottenburger Baugenossenschaft. Vermissen Sie die Politik?

Mir geht es sehr gut. Es war ja meine eigene Entscheidung, das eine Kapitel abzuschließen und ein neues aufzuschlagen. Und meine Tätigkeit bei der »Charlotte« empfinde ich als sehr konkret und ausfüllend. Ich habe hier eine wichtige Aufgabe bei der Erhaltung, Sanierung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie der Organisation von genossenschaftlichem und nachbarschaftlichem Miteinander.

Mit Spandau verbindet Sie beruflich aber nach wie vor viel, denn die Charlottenburger Baugenossenschaft hat ja große Bestände im Bezirk.

Gut ein Drittel unserer Wohnungen, genau gesagt 2242, befinden sich in Hakenfelde, in einem großen zusammenhängenden Gebiet westlich der Streitstraße. Dazu kommen noch 324 Wohnungen im Falkenhagener Feld und 353 Wohnungen in der Siemensstadt. Zusammen bilden sie gut 40% unseres Bestandes, das ist sehr viel mehr, als wir in Charlottenburg haben.

Im Falkenhagener Feld am Freudenberger Weg plant die Genossenschaft auch einen Neubau mit rund 160 Wohneinheiten, um den es Auseinandersetzungen gegeben hat. Wie ist der aktuelle Stand?

Wir haben Anfang Januar die Baugenehmigung erhalten, nachdem sich die Bauabteilung von Stadtrat Bewig und die BVV parteiübergreifend für uns eingesetzt haben – nur die SPD hat sich in der Abstimmung enthalten – warum, weiß ich nicht. Das Problem waren die 30% belegungsgebundenen Sozialwohnungen, die wir dort nach dem »Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung« hätten errichten und dann für 6,50 Euro nettokalt pro Quadratmeter vermieten sollen. So ein hoher Anteil von Sozialwohnungen in einem von der sozialen Zusammensetzung her sowieso schon sehr belasteten Gebiet ist aber problematisch. Weil das Grundstück am Rand des Quartiersmanagementgebiets liegt, hat der Senat schließlich die Verpflichtung zurückgenommen. Dennoch haben wir uns freiwillig darauf eingelassen, mehr als 40 unserer Bestandswohnungen in die Belegungsbindung zu überführen, wenn sie frei werden. Das hat den Vorteil, dass die Sozialmieter dort auch schon vor der Fertigstellung des Neubaus einziehen können, eine geringere Miete als im Neubau zahlen (5,85 Euro nettokalt) und zudem in eine sozial stabile Umgebung kommen. Und die Fördermittel, die der Senat bereit stellt, reduzieren sich ebenfalls. Das Ganze nennt sich »mittelbare Belegungsbindung« und könnte durchaus zu einem Modell auch für andere Genossenschaften werden.

Wie hoch werden dort die Mieten sein?

Wir streben Mieten zwischen 9,50 und 11 Euro/qm an. Das ist, verglichen mit unseren Bestandsmieten, sehr viel. Die liegen im Schnitt bei 5,30 Euro/qm und damit deutlich unter dem Berliner Mittelwert und auch unter dem der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Ein Problem sind die Baupreise, die im Augenblick gerade durch die Decke gehen. Es ist schon schwer, überhaupt Firmen zu finden, weil die Bauindustrie in ganz Deutschland ausgelastet ist. Nur weil wir langjährig gute Beziehungen zu mittelständischen Baufirmen gepflegt haben, gelingt uns das überhaupt.

Könnten die Berliner Wohnungsbaugenossenschaften nicht viel mehr bauen, schließlich verfügen sie über große längst abgeschriebene Bestände und bekommen deshalb auf dem Finanzmarkt Kredite zu niedrigsten Zinssätzen?

Das Hauptproblem sind die extremen Bodenpreise in Berlin. Wir können eigentlich nur auf Grundstücken bauen, die uns schon gehören, und auf diese Weise unsere Bestände vor Ort ergänzen, wobei wir natürlich auf

GENOSSENSCHAFTSNEUBAUTEN, VISUALISIERUNG

TANJA SCHNITZLER

die Bewohner Rücksicht nehmen, die ja unsere Baugenossen sind. Für größere Neubausiedlungen müsste uns der Senat Flächen zur Verfügung stellen. Die Berliner Genossenschaften wären bereit, auch in größerem Umfang zu bauen und haben das dem Berliner Senat auch so übermittelt, etwa einen »Genossenschaftscampus«, auf dem mehrere alte und neue Genossenschaften zusammen aktiv werden. Ich habe dazu einen Brief an den Senat geschrieben. Die Antwort war allerdings ernüchternd: Es stünden keine geeigneten Flächen zur Verfügung, hieß es. Ich hatte gehofft, dass man zumindest erklärt, geeignete Grundstücke zu suchen, die nach meiner festen Überzeugung selbst in Berlin vorhanden sind.

Von Mieten wie bei der »Charlotte« träumen viele Mieter jener ehemaligen Sozialwohnungen, die einst mit immensen Summen gefördert wurden, aber nach 30 Jahren aus der Preisbindung herausgefallen sind. Und auch die Mieter ehemaliger kommunaler Wohnungsunternehmen wie der GSW – heute »Deutsche Wohnen« – hätten wohl gerne die Sicherheit, die eine Genossenschaft ihnen bietet.

Sie sagen es. Genossenschaftlicher Wohnungsbau garantiert eben auch langfristig preisgünstigen Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Der Senat setzt aber recht einseitig auf die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die über ihre Aufsichtsräte ja von der Politik gelenkt werden. Dabei übersieht er aber, dass sich die politischen Rahmenbedingungen und Vorlieben auch wieder ändern können. Berlin hat diese Erfahrung ja gerade erst gemacht und in den vergangenen Jahrzehnten seinen kommunalen Wohnungsbestand stark abgebaut.
In anderen deutschen Städten wie beispielsweise München ist man in dieser Beziehung schon weiter. Dort geht man sehr viel mehr auf die Genossenschaften ein. Nach meiner festen Überzeugung kann man die Herausforderungen im Wohnungsneubau nur gemeinschaftlich mit öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, privaten mittelständischen Wohnungsunternehmen und den Wohnungsbaugenossenschaften meistern.

Aber auch im Berlin bewegt sich inzwischen einiges. So fördert inzwischen die IBB bei Neubauten die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen mit zinslosen Darlehen von bis zu 50.000 Euro ...

Davon haben ältere Genossenschaften wie die Charlotte aber nichts. Denn die Mindestsumme für die Förderung beträgt 2.000 Euro und bei uns kostet ein Genossenschaftsanteil nur 770 Euro, wobei man zwei Anteile benötigt, wenn man eine Wohnung beziehen will.
Nur bei neuen Genossenschaften, die ihr Eigenkapital erst bilden müssen, um Kredite für den Wohnungsbau aufnehmen zu können, greift diese Förderung also. Aber Sie haben Recht: Es bewegt sich sehr langsam wenigstens etwas. So will die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen jetzt einen Genossenschaftsbeauftragten einsetzen. Doch den Worten und Beauftragten müssen dann ganz konkrete Taten und vor allem Baugrundstücke für die Genossenschaften folgen.

Fallen Ihnen zum Thema »Genossenschaftscampus« auch Flächen im Ortsteil Wilhelmstadt ein?

In die Schmidt-Knobelsdorf- und die von-Seeckt-Kaserne will jetzt ja offenbar die Bundespolizei einziehen. Die sind also leider vom Tisch, dort hätte es eine gute Gelegenheit gegeben. Aber am Südhafen verfügt das Land Berlin noch über eine größere unbebaute Fläche: dort, wo jetzt die Container für die Flüchtlinge stehen. Diese Nutzung ist aber nur vorübergehend, in einigen Jahren wird das Grundstück wieder frei. Auf dem Gelände müsste man jedoch auch Gewerbebauten errichten, um den Lärm des Südhafens von den Wohnhäusern abzuschirmen. Gewerblich genutzte Häuser passen auch gut auf einen Genossenschaftscampus – die Genossenschaftsidee beschränkt sich ja nicht nur auf den Wohnungsbau. Aber näher diskutiert wurde diese Idee bislang noch nicht.

Das Interview führte Christof Schaffelder

Kaum Wohnungsbaugenossenschaften in der Wilhelmstadt

Rund 12 Prozent der Mietwohnungen Berlins gehören Wohnungsbaugenossenschaften. Die meisten von ihnen entstanden Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, so auch die Charlottenburger Baugenossenschaft, die 1907 gegründet wurde. Da die erwirtschafteten Einnahmen fast ausnahmslos in die Bewirtschaftung und Sanierung der Bestände oder in den Neubau von Wohnungen fließen, sind die Mieten in genossenschaftlichen Wohnungen zumeist vergleichsweise preiswert: Gewinne werden nicht abgeführt, die Einlagen der Genossenschaftler werden lediglich mit einem von der Genossenschaft selbst festgelegten Zinssatz verzinst. Auch die Betriebskosten liegen meist unter dem Durchschnitt, weil die genossenschaftlichen Hausverwaltungen in der Regel gut auf sie achten. Die Wohnungen sind entsprechend nachgefragt, die Fluktuation ist gering. Größtenteils werden frei werdende Genossenschaftswohnungen nur an langjährige Mitglieder vergeben. Deshalb kann ein Genossenschaftsanteil ein sehr nachhaltiges Geschenk bei der Geburt eines Kindes sein.
In Berlin und Brandenburg sind insgesamt 196 genossenschaftliche Wohnungsunternehmen mit zusammen rund 320.000 Wohnungen Mitglied im »Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.« (BBU).
Im Durchschnitt verfügen die dort organisierten Genossenschaften also über rund 1.600 Wohneinheiten. Mit derzeit 6.667 Wohnungen zählt die »Charlotte« damit schon zu den großen Genossenschaften. Im Ortsteil Wilhelmstadt sind genossenschaftlich geführte Wohnhäuser aber eher die Ausnahme: In der Teltower Straße 2–4 (gegenüber von Ikea) haben wir bei unserer Recherche eine Anlage des »Beamten-Wohnungs-Vereins zu Köpenick« gefunden und auf der Höhe des Südparks betreibt die »Bau- und Siedlungsgenossenschaft Postheimstätte« Wohnanlagen nördlich und südlich der Heerstraße. cs

Der Kampf um die Kinder

Anita Hoffmann ist Künstlerin – und eine Mutter, die sich aus persönlichen Gründen für die Rechte von Familien engagiert

Anita Hoffmann hatte sich beim Geschäftsstraßenmanagement gemeldet, weil sie sich für die neue, in Aufbau befindliche Website interessierte, die einen Einblick in die breite Palette von Wilhelmstädter Gewerbe- und Handwerksbetrieben, Dienstleistern oder Gastronomie bietet. Sie würde gern ihre Arbeit und ihr Atelier bekannter machen und mehr Kunden und Interessenten gewinnen.

Anita Hoffmann ist freiberufliche Malerin und Grafikerin, sie lebt von ihrer Kunst, also vor allem von den Auftragsarbeiten – vom reinen Verkauf originär eigener Werke kann in Berlin kaum ein Künstler leben, die meisten halten sich mit Auftragsarbeiten, Unterricht oder auch anderen Nebenjobs über Wasser. Und wenige Berliner Künstler können sich ein richtiges Atelier leisten, die Zahl erschwinglicher Ateliers, beispielsweise im Berliner Atelierprogramm, ist immer weiter gesunken, die Räume werden knapp und auch immer teurer.
Wie viele andere bildende Künstler arbeitet Anita Hoffmann deshalb zu Hause. Sie bietet Auftragsarbeiten in zahlreichen Bereichen an: Malerei, Illustration, Grafik und Computergrafik, Kalligrafie, Kopien, restauratorische Arbeiten, Wand- und Deckenmalerei, Fotoretusche … Das Portfolio ist breit.

Doch derzeit reichen die Einkünfte gerade mal so zum Leben. Das liegt vor allem daran, dass sie einen guten Teil ihrer Zeit damit verbringt, verbringen muss, um ihre beiden Töchter zu kämpfen. Deshalb engagiert sie sich ehrenamtlich in Sachen Familienrecht.
Ihr erging es so wie nicht wenigen Müttern und Vätern hierzulande, deren binationale Partnerschaften scheiterten. Immer wieder ploppen solche Berichte in den Medien auf: Der Expartner verlässt nicht nur die Familie, er nimmt auch das gemeinsame Kind mit, und wenn es außer Landes gebracht wird, sind die Handlungsmöglichkeiten oft eher gering. Diese Fälle kommen häufiger vor als man denkt, und Familienrichter, Jugendämter und Rechtsvertreter haben dabei nur beschränkte Handhabe. Man kann zwar Recht sprechen – es dann auch durchzusetzen, ist eine ganz andere Sache und scheitert oft an Landesgrenzen. Die Politik befasst sich höchst ungern mit diesem komplizierten Thema, nur in sehr wenigen Fällen schaltet sich das auswärtige Amt ein.

Ihre ältere Tochter feiert bald ihren 13. Geburtstag, deshalb trägt Anita Hoffmann ein Bild mit sich herum, dass sie eigens für die Tochter gemalt und gezeichnet hat. Sie hat sie seit nunmehr neun Jahren nicht mehr persönlich gesehen – nur über Internet gibt es sporadischen Kontakt. Der Vater, ein Mann aus dem arabischsprachigen Raum, nahm die dreijährige Tochter nach der Trennung einfach mit und brachte sie gegen Anita Hoffmanns Willen ins Ausland. Drei Viertel ihrer Lebenszeit hat das Kind die Mutter nicht mehr persönlich erlebt, und nicht nur Eltern, sondern auch alle mit Familienrecht Befassten wissen, dass gerade bei Kind-Eltern-Beziehungen jedes Jahr doppelt und dreifach zählt. Mit zunehmender Entfremdung sinkt die Chance, das eigene Kind jemals wieder nach Hause zu holen, erheblich.
In dieser verzweifelten Situation lernte sie einen neuen Partner kennen, einen Peruaner, der ihr anfangs zur Seite stand und sie unterstützte. Sie wurden Eltern einer Tochter. Dann folgte der Vater dem Muster des ersten Mannes – vor einem halben Jahr nahm er die Tochter mit, die sich seither an einem unbekannten Ort aufhält, die Mutter hat sie seither nicht mehr gesehen.
Und so geriet Anita Hoffmann in eine Endlosmühle, wie sie Eltern in viele ähnlichen Fällen erleben: Jugendämter, die ohnehin schon mit der alltäglichen Arbeit überlastet und überfordert sind, hilflose Familiengerichte. Auch in Richterkreisen wird zudem immer wieder beklagt, dass es an einer spezifischen Schulung und Qualifikation als Familienrichter fehle, dass etliche der bestellten Gutachter mangelhaft qualifiziert sind.
Geschichten dieser Art muss man mit Zurückhaltung behandeln, solange man nicht alle Fakten im Detail kennt. Sicher ist nur: Viele fühlen sich in einer solchen Situation allein gelassen, die Verfahren sind langwierig, die Zeit läuft gegen sie, nicht jeder kann sich die ganze Zeit über einen Rechtsbeistand leisten. Die meisten versuchen dann, sich per Internet über ihre Rechte und Durchsetzungsmöglichkeiten zu informieren.
In dieser Zeit fand sie Resonanz und Unterstützung bei Gerd Eickelberg, der die bislang kaum bekannte Bürgerinitiative »GrundGesetzManufaktur« mit dem Projekt »die dritte Stimme« gegründet hat, die sich dafür einsetzt, dass im Grundgesetz verankerte Bürgerrechte auch durchgesetzt und von der Politik stärker vertreten werden. Konkret sollen die Abgeordneten möglichst vieler Wahlkreise angesprochen und für die jeweiligen Anliegen sensibilisiert werden, natürlich auch in Spandau, wo die Bürgerinitiative ins Leben gerufen wurde.
Ob das ehrenamtliche Engagement in dieser Bürgerinitiative Anita Hoffmann in ihrem konkreten Fall auch weiterhilft, bleibt offen. Zumindest gibt es ihr das Gefühl, aktiv zu werden, auf ihre Rechte aufmerksam zu machen und nicht ganz ohnmächtig ausgeliefert zu sein. *us*

Betty macht Druck – mit Liebe, Kreativität und Folien

Seit Dezember 2017 betreibt Bettina Gräbnitz ihren Laden in der Weißenburger Straße 20

Es gibt Räume, in denen man sich sofort wohlfühlt. Bettys Geschäft ist so ein Raum. Ein kleiner Laden, schmal und eher langgesteckt, die Wände haben einen warmen Orangeton. Im Raum: ein alter Spiegel, ein Schreibtisch mit Computer, zwei mobile Kleiderständer mit vielen T-Shirts, ein Regal mit unzähligen Folienrollen und ihre Arbeitsgeräte wie Folienplotter und Heißpresse. Es sieht gemütlich und nach viel Arbeit aus, aber nichts wirkt chaotisch, alles hat hier seinen wohldurchdachten Platz.

Seit Dezember 2017 ist dies der Arbeitsplatz von Bettina Gräbnitz, kurz Betty genannt, die hier mit ihrem Geschäft »Betty macht Druck« einzog. Viele Wilhelmstädter kennen sie schon, entweder vom Stadtteilfest, von der Ostereiersuche, vom Vorbeilaufen oder weil sie schon selbst bei Betty gekauft haben. Ihre T-Shirts mit flotten Sprüchen oder Bildchen für Frauen, Männer und auch Kinder sind beliebt.
Bettina Gräbnitz ist eine noch junge, energiegeladene Frau, die – wie man so schön sagt – mit beiden Beinen im Leben steht und deren Humor und herzliche, praktische Art ansteckend sind. Man merkt, dass sie es seit Jahren gewohnt ist anzupacken, Entscheidungen zu treffen. Sie ist nicht nur eine selbständige Gewerbetreibende, sondern auch alleinerziehende Mutter eines Sohnes – das erdet und erfordert ein gutes Zeitmanagement und viel Energie. Seit zwölf Jahren arbeitet sie nun schon mit Folien, macht vor allem Autobeschriftungen, auch Schaufensterwerbung, eben alles, was mit Folien beschriftet werden kann. Das wird meist von Firmen für ihren Fuhrpark, Gewerberäume usw. in Anspruch genommen, aber auch Privatkunden lassen sich die ausgefallensten Designs auf ihre Autos kleben.
All das dürfte besonders für die Wilhelmstädter Gewerbebetriebe interessant sein. Überhaupt ist das Portfolio von »Betty macht Druck« ausgesprochen breit. Das Angebot umfasst Entwürfe und Anfertigungen von Bannern, Beschilderungen, Visitenkarten und Flyern, die Gestaltung von Grafiken bis hin zur kompletten einheitlichen Geschäftsausstattung – inklusive Logo, Drucksachen, Wandtattoos und Schaufensterbeschriftung. Auch Glasdekor fertigt sie an, das ist gerade en vogue und zunehmend beliebt bei privaten Haushalten.
Bekannt ist Bettina Gräbnitz' Geschäft aber insbesondere durch ihre liebevoll gestalteten T-Shirts, Mützen, Taschen und anderen Textilien mit witzigen Sprüchen und Motiven. Gefertigt werden diese durch Folienplott, nicht in der wohl eher bekannten Siebdrucktechnik. »Siebdruckerei ist eine ganz andere Ausbildung und nur für Massenproduktion geeignet«, erklärt Betty – sie legt Wert auf Individualität.
Die Kleidungsstücke für Kleine und Große fertigt sie auf Bestellung nach den speziellen Wünschen ihrer Kunden, beispielsweise zu Junggesellenabschieden, Jubiläen, Geburt oder anderen Festivitäten. Auch für Vereine oder Firmen hat sie schon viele Sportanzüge, Taschen oder Banner bedruckt. »Viele wollen ein spezielles, ganz persönliches Geburtstagsgeschenk für Freunde oder Kollegen«, erzählt sie. Auf ihrer Facebook-Seite kann man die Kommentare von zufriedenen und begeisterten Kunden lesen. Für den freien Verkauf fertigt sie Textilien mit Motiven nach eigenen Ideen und Entwürfen. Das erfordert viel Kreativität und Originalität, beides liegt ihr, wie auch die große Resonanz beim Wilhelmstadtfest bestätigt.
In ihrer Nachbarschaft in der Weißenburger Straße fühlt sie sich ausgesprochen wohl. Der Copy- und Textildruck-Shop ein paar Häuser weiter ist dabei keine Konkurrenz, beide haben ganz unterschiedliche Profile und Kunden. »Die Nachbarschaft ist prima hier«, sagt sie. Und auch sonst ist sie gut vernetzt und engagiert, sie kommt regelmäßig zu den Foren des Geschäftsstraßenmanagements, beteiligte sich auch an der Oster-Aktion und am Wilhelmstädter Adventsmarkt.
Ihrem Laden sieht man an, dass sie gern hier arbeitet. Noch lieber wäre ihr damals bei der Suche ein Laden mit Wohnung hier gewesen, weil sie sich ja um ihr Kind kümmert. Aber es gab nichts Geeignetes oder für sie Bezahlbares. So pendelt sie weiter. Aber dank Computer und Internet kann sie abends auch zu Hause weiterarbeiten. Berufstätigkeit und Familie zu vereinbaren, ist für sie jedenfalls keine Hürde. Und man merkt ihr an, dass ihre Arbeit mehr für sie bedeutet als nur Existenzsicherung – nämlich viel Freude und Spaß. *us*

»Betty macht Druck – Folienbeschriftungen und Textildruck«, Weißenburger Straße 20, 13595 Berlin, Tel. 91455547 oder 0179-1528462, Mail: betty@betty-macht-druck.de
Facebook und Instagram: betty_macht_druck
Der Laden hat keine festen Öffnungszeiten, bitte vereinbaren sie vorab einen Termin.

Erinnern Sie sich noch ...

... an die Börnicker Hütte und an das »Pichelsdorfer Fenster?«

Südlich der Bocksfeldstraße mit Zugang von der Heerstraße und Alt-Pichelsdorf lag das große Gartenlokal »Börnicker Hütte«. Dieses Lokal existierte von 1900 bis 1945 an der Scharfen Lanke. Es war ein schönes Ausflugslokal, mit einem großen Garten unter der Leitung von Herrn Szweds. Man nannte das Lokal auch das »Paradies von Pichelsdorf«.

Es befand sich dort, wo heute auf der Wiese zwischen Heerstraße und Scharfe Lanke die Bronzeläuferin steht. Das Lokal wurde im Zweiten Weltkrieg von Bomben zerstört und dann in den fünfziger Jahren abgerissen. Seinen Namen hatte das Ausflugslokal wegen der früheren Börnicker Lake, einem Nebenarm der Havel, der sich von der Heerstraße nach Bocksfelde zog.
Die Börnicker Lake ist der heutige Südpark. Daran erinnert noch die angrenzende Börnicker Straße.

Es gab noch weitere Veränderungen:
Im Jahre 1969 wurden die bekannten Gaststätten »Alter Bergschulze« und »Weinmeisterhof« abgerissen, die auch zwischen der Heerstraße und der Bocksfeldstraße standen.
An der Heerstraße, gegenüber dem Südparkeingang, eröffnete am 12.06.1969 ein Vergnügungszentrum unter der Bezeichnung »Pichelsdorfer Fenster«. Das »Pichelsdorfer Fenster« war eine Gastlichkeit mit sportlicher Unterhaltung, die in ihrer Originalität und Ausstattung vielen vieles bot. Das Lokal verfügte u. a. über 120 Terrassenplätze mit einem weiten Blick über die Havel. Das Bowlingcenter hatte 16 Bowlingbahnen. Außerdem gab es eine Tankstelle und das Tanzcafé sowie eine Autowaschanlage. Der Gebäudekomplex fiel am 04.07.1975 einem Großfeuer zum Opfer und brannte vollkommen aus.
2015 zog dort das große Einkaufscentrum ein, das wir alle kennen.
Alt-Pichelsdorf war ein reicher Ortsteil. Man muss sich einmal vorstellen, welche Gebäude in der Zeit zwischen 1885 und heute auf dem Gelände zwischen der Straße Alt-Pichelsdorf und der Jaczostraße standen.
Unter anderem gab es hier auch zwischen 1880 und 1930 eine Brauerei und eine Margarinefabrik. Ab 1945 wurde das im Krieg zerstörte Fabrikgelände Porzellan Haldenwanger in Berlin-Spandau wiederaufgebaut. Die Fabrik wuchs und zog deshalb 1962 nach Düsseldorf.
Die Börnicker Hütte existierte in der Zeit von ca. 1900/1910 bis 1945, das »Pichelsdorfer Fenster« war von 1969 bis 1974 in Alt-Pichelsdorf angesiedelt. Und nicht zu vergessen das beleibte Weinlokal von Lilo Ruschin in der Straße Alt-Pichelsdorf. Heute ist dort das Lokal »Stara Kuca« ansässig.
In Alt-Pichelsdorf befand sich auch die Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 75, die ab 1927 von hier aus nach Charlottenburg und zurück fuhr, die kleine Verkehrsinsel mit dem einstigen BVG-Häuschen erinnert noch heute daran. Aber das wäre eine ganz eigene Geschichte.
Man sieht also: Es war allerhand los in Alt-Pichelsdorf.

Christel Schories

»Wilhelmstraße 3. Mein Zuhause«

Eine neue Publikation zur Wilhelmstädter Geschichte

Christel Schories wuchs auf in der Wilhelmstraße 3, einem Haus, das es heute nicht mehr gibt: Es wurde zusammen mit den Nachbarhäusern Wilhelmstraße Nr. 1 und 2 im Jahr 1965 abgerissen, denn sie mussten den Planungen einer autogerechten Stadt weichen: Aus der Wilhelmstraße sollte eine mehrspurige Autostraße werden, wie wir sie bis heute kennen. Die dort verkehrende Straßenbahnlinie wurde eingestellt, ebenso wie der gesamte Westberliner Straßenbahnbetrieb, die wilhelminischen Häuser wurden gesprengt.
Doch Christel Schories ließen ihre Kindheitserinnerungen nicht los. So kam sie vor einigen Jahren zur damals gerade in Gründung befindlichen Arbeitsgruppe »Wilhelmstädter Geschichte und Geschichten«. Christel Schories begann, ihre Erinnerungen und noch vorhandenen Unterlagen zusammenzutragen, ehemalige Mitbewohner der Häuser ausfindig zu machen.

Nun ist, im Rahmen der Arbeit der Geschichtsgruppe, eine überaus lesens- wie auch sehenswerte Broschüre erschienen. Sie umfasst neben Christel Schories' persönlichen Erinnerungen und Schilderungen des Nachkriegsalltags auch stadthistorische Recherchen zur Baugeschichte und damaligen Verkehrsplanung sowie hochinteressante historische Fotografien. So entsteht ein eindrucksvolles Porträt eines Hauses, das vor allem durch seine Bewohner lebt, und ein lebendiges, plastisches Bild der damaligen Zeit. Bemerkenswert und unbedingt zu empfehlen! us

Alle Fotos auf dieser Seite aus der Broschüre. Sie wurde herausgegeben vom Büro KoSP, dessen Mitarbeiter Andreas Wilke maßgeblichen Anteil an der Publikation hat, und finanziert aus Mitteln des »Aktiven Zentrums«. Erhältlich ist sie im Stadtteilladen Adamstraße 39 zu den üblichen Öffnungszeiten (siehe Seite 2) gegen eine symbolische Gebühr von 1 Euro.

0-Ton Wilhelmstadt

Dreisatz

Faux pas

Neulich im Bioladen. Der junge Mann möchte die drei Ingwerwürzelchen an der Kasse per Handy bezahlen. Ohne Bargeld und ohne Karte zu bezahlen, ist der neue Trend. Klappt leider nicht überall, die Tücken der Technik. Auch im Bioladen klappt es nicht. Der junge Mann verteidigt sich: »Bei McDonalds funktioniert es aber.« Öhm … vielleicht nicht die beste Referenz in einem Bioladen?

Läuft!

Dass Siemens nach Spandau (zurück)kommt, war natürlich die große Nachricht Ende letzten Jahres. Doch neben dem Traditionsriesen sollte man die innovativen Newcomer in Spandau nicht vergessen: allen voran ÄNDE, das junge Wilhelmstädter Unternehmen, dessen Durstlöscher-Kreationen »Ginger Root« und »Gentle Ginger« längst nicht mehr nur bei Spandauer Ingwerbeer-Fans beliebt sind. Seit der Gründung von ÄNDE durch das junge Unternehmerpaar geht es eigentlich nur noch steil bergauf: 2018 Deutscher Unternehmerpreis, Kooperation mit einer Supermarktkette, 2019 schon auf der Grünen Woche und in der Abendschau … Läuft!

Rollt

Gute Zeiten für Leseratten: der Bücherbus rollt wieder in den Spandauer Kiezen, auch in der Wilhelmstadt. In der mobilen Bibliothek kann wieder jeden Donnerstag von 15 bis 16.30 Uhr am Földerichplatz gestöbert werden. Dann kann der Bücherbus die Bücherbox am Földerichplatz begrüßen – die zweckentfremdete gelbe Telefonzelle feierte übrigens im Dezember ihren 6. Geburtstag …

Schaufenster im Asialaden, Pichelsdorfer Straße

Unbedingt hingehen! Film über die Wilhelmstadt

Der Video-Klub Spandau (wir berichteten schon über die agilen Videofilmer) zeigt am Dienstag, den 26.2., ab 16.00 Uhr im Seniorenklub Süd einen neuen Film über die Wilhelmstadt mit dem Titel: »WILHELMSTADT – Da sind wir zu Haus«, eine eigene Produktion. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!
26. Februar, 16.00 Uhr (ab 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen) im Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin
Eintritt frei!

Ausstellung zur Pogromnacht wiedereröffnet

Im Gotischen Haus wurde am 15. Januar die Ausstellung »Unvergessen – Die Pogromnacht in Spandau vor 80 Jahren« wiedereröffnet.
Die Ausstellung zeigt die neuesten Rechercheergebnisse der Jugendgeschichtswerkstatt Spandau über jüdische Familien und ihre Geschäfte in Spandau und berichtet über die Ereignisse der Pogromnacht. Sie ist erweitert um Elemente aus der (Bus-)Ausstellung UNVERGESSEN vom 9. November 2018. Neben Zitaten von Augenzeugen der Pogromnacht sind auch Interviewausschnitte zu lesen und zu hören.
UNVERGESSEN ist eine Ausstellung von Schülerinnen und Schülern der Martin-Buber-Oberschule und der Jugendgeschichtswerkstatt Spandau
Gotisches Haus, Breite Straße 32, 13597 Berlin-Spandau
bis 5. Mai 2019, Eintritt frei
Öffnungszeiten: Di–Sa 10–18.00 Uhr, ab 1. April auch Mo+So 12–18.00 Uhr

Fotoausstellung in der Stadtbibliothek Spandau

»Mit dem DRITTEN (Auge) sieht man mehr« heißt die Ausstellung von Reinhard Gorn und Petra Grasse. Die Fotografien des Ehepaares zeigen Stadtbeobachtungen, symbolhafte Situationen, die über das direkt Sichtbare hinausgehen, skurrile und humorvolle Details am Rande des Weges oder auch malerische Farbabstraktionen.
Beide gehen nie ohne Kamera aus dem Haus, oft auch unabhängig voneinander, sind nicht auf Motiv-Suche, finden unverhofft und irgendwo etwas, das ihnen fotografierenswert erscheint, im ganz normalen Alltag und nicht nur auf Reisen. Sehen wollen und sehen lernen, die alltägliche Umgebung intensiver zu betrachten, kosten weder Zeit noch Geld, bereichern aber ungemein.
Bezirkszentralbibliothek Spandau / Lesecafé (barrierefrei), Carl-Schurz-Straße 13, 13597 Berlin, bis 26. Februar 2019 zu den Öffnungszeiten der Stadtbibliothek

Adressen

Prozesssteuerung und Sanierungsbeauftragter
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP)
Schwedter Straße 34A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
Andreas Wilke, Tel. 030 - 330028 – 36
wilke@kosp-berlin.de
Linda Tennert-Guhr, Tel. 030 - 330028 – 30
tennert-guhr@kosp-berlin.de

Geschäftsstraßenmanagement
Ulrike Stock / Torsten Wiemken,
Tel. 030 - 30 12 46 97 bzw. 0178 - 352 38 01
gsm@wilhelmstadt-bewegt.de
Öffnungszeiten Büro Adamstraße 39 (Stadtteilladen) Di und Mi 10–13 Uhr
die raumplaner / LOKATION:S
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
www.die-raumplaner.de

Stadtteilvertretung Wilhelmstadt
Sprecher: Michael Henkel, Markus Ritter, Emilio Paolini
Öffentliche Sitzung:
jeder 1. Mittwoch im Monat, 19 Uhr
Stadtteilladen Adamstraße 39
www.stv-wilhelmstadt.de

Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Gesundheit
Frank Bewig
Bezirksamt Spandau von Berlin
Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin
Tel. 030 - 90 279 - 22 61
frank.bewig@ba-spandau.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin
Sprechzeiten: dienstags und freitags 9–12 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung

Amtsleiter:
Markus Schulte, Tel. 030 - 90 279 - 35 72
markus.schulte@ba-spandau.berlin.de

Gruppenleitung Sanierung/ Planungsrechtliche Beurteilung:
Doris Brandl, Tel. 030 - 90 279 - 31 64
doris.brandl@ba-spandau.berlin.de

Bearbeiterinnen und Bearbeiter für das Förderprogramm »Aktive Zentren Berlin«

Kerstin Schröder, Tel. 030 - 90 279 - 35 73
kerstin.schroeder@ba-spandau.berlin.de

Jörg Rinke, Tel. 030 - 90 279 - 3568
joerg.rinke@ba-spandau.berlin.de

Katharina Lange, Tel. 030 - 90 279 - 2280
katharina.lange@ba-spandau.berlin.de

Sozialteam Wilhelmstadt
Bürgerberatungsangebote im Stadtteilladen Adamstraße 39
Tel. 419562-54 / -62 / -58

Kontakt: Volkmar Tietz, Tel. 30 12 46 97, oder Mob. 0176-24981761,

Montag, 10–12 Uhr: Ewa Betz berät zu Fragen der Stressbewältigung

Montag, 16–18 Uhr
Schiedsmann Dietmar Zacher berät bei Konflikten und Streitigkeiten und zu Schwerbehindertenrecht

Dienstag, 15–18 Uhr
Frau Nouha Razzouk berät zu Fragen der Integration und Umgang mit Ämtern

Mittwoch, 15–18 Uhr (nicht am 1. Mittwoch im Monat!): Sozialsprechstunde

Donnerstag, 14.30–16.30 Uhr: Basteln Handarbeiten für Jung und Alt mit Heidemarie Koch

Donnerstag, 16–18 Uhr: Kiezsprechstunde mit Volkmar Tietz

2. Donnerstag im Monat, 17–20 Uhr: RepairCafé: Hilfe zur Selbsthilfe, Reparatur von Elektro- und Haushaltsgeräten unter Anleitung

Freitags 10–12 Uhr: Hartz IV & mehr: Wolfgang Schumann berät zu Hartz IV, Jobcenter, Existenzgründung

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
aktive zentren Berlin
WILHELMSTADT bewegt
Spandau
be Berlin

Revolution in Spandau vor 100 Jahren II

Heiß umkämpfte Tage im Januar

Volksmarineposten vor dem Stadtschloss

Pünktlichkeit ist eine Tugend, vor allem beim preußischen Militär. So verwundert es nicht, dass am Donnerstag den 9. Januar Punkt 7 Uhr morgens das erste Artilleriegeschoss aus einer Feldhaubitze des Fort Hahnebergs eine Lücke ins Mauerwerk des Turmes direkt oberhalb des Spandauer Rathausdaches schlug.

Zielgenauigkeit aber weniger, denn kurz darauf flogen zwei weitere Geschosse übers Rathaus hinweg und schlugen in das Privathaus Grunewaldstraße 1 ein. Eines davon blieb als Blindgänger im Flur liegen und wurde in die Havel geworfen. Das zweite explodierte, zerstörte die Wohnzimmereinrichtung und verletzte den Wohnungsinhaber, der mit gebrochener Hand und gebrochenen Rippen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Spätestens da war es vorbei mit der friedlichen Revolution in Spandau und dem überwiegend einvernehmlichen Zusammenwirkens von Arbeiter- und Soldatenrat und dem Magistrat (siehe Wilma 6/2018).

Was war geschehen?

Schon im November 1918 hat sich der Sicherheitsausschuss des Arbeiter und Soldatenrates gebildet und einen festen Sitz im Polizeitrakt des Rathauses Spandau. Mehrheitlich besetzt von kampfbereiten Soldaten aus USPD und Spartakus, die ihren Auftrag darin sahen, die Revolution zu verteidigen. Bis dato gab es kaum ein Problem beim Zusammenwirken von Polizei und den revolutionären Sicherheitsleuten im Rathaus. Denn mit Emil Eichorn war ein Unabhängiger Sozialist der USPD Polizeipräsident, und im Vorfeld des Zusammenschlusses von Groß-Berlin 1920 war sein Einfluss auch im noch unabhängigen Spandau sehr groß.

Am 4. Januar aber meinte der nur noch aus Mehrheitssozialdemokraten bestehende Rat der Volksbeauftragten – so etwas wie eine provisorische Reichsregierung, mit Ebert, Scheidemann und Noske – darauf hinzuwirken, dass der linke Polizeipräsident entlassen wird, da er sich in den Weihnachtsauseinandersetzungen 1918 auf die Seite der meuternden Matrosen stellte, die mit Demonstrationen und Besetzungen die Auszahlung ihres Soldes für den Wachdienst am Berliner Stadtschloss erzwingen wollten.

Folge: Die USPD verließ den Rat der Volksbeauftragten, und vor allem die Sicherheitsausschüsse in Berlin, Lichtenberg, Charlottenburg und Spandau besetzten die Rathäuser. So auch am Sonntagnachmittag des 5. Januar in Spandau, als parallel eine Massendemonstration der SPD stattfand, u.a. ab dem Pferdemarkt in der Wilhelmstadt, was durchaus zu einigen meist noch nur verbalen Auseinandersetzungen auf dem Rathausplatz führte.

Am Montag, den 6. Januar bezogen Regierungstreue Truppen und Freikorps vom 5. Garde Regiment zu Fuß und aus den Pionier- und Trainkasernen Stellung im Hauptpostamt schräg gegenüber und richteten ihre Maschinengewehre auf das Spandauer Rathaus. Wie die »Spandauer Zeitung« formulierte, lösten sich von dort versehentlich ein paar Schüsse, die nur das Mauerwerk des Rathauses und Passanten, einen unbeteiligten Matrosen und zwei junge Frauen trafen und leicht verletzten.

Die Lage war sehr angespannt und alle erwarteten recht bald ein militärisches Eingreifen, um die Rathausbesetzung zu beenden. So berichtete der »Havelländer Anzeiger«, dass in diesen Tagen – mit gehörigem Sicherheitsabstand zu Rathaus und Hauptpost – sich immer zahlreiches Publikum versammelte, um ja nichts zu verpassen.

Am Mittwoch, den 8. Januar erklärte der für die Demobilisierung von Heer und Marine zuständige Volksbeauftragte Gustav Noske den Belagerungszustand mit Ausgangssperren für Spandau, Haselhorst, Ruhleben und Pichelsdorf.

Noch an jenem Tag hatten die Freikorpstruppen unter der Leitung des Hauptmanns Friedrich Wilhelm Chappuis es geschafft, zwei Spitzel in das Rathaus einzuschleusen, die ihnen gute Dienste taten bei der Erstürmung des Rathauses am Tag darauf.

Nach nur einer Stunde harten Kampfes mit 26 Verwundeten und einem Toten war vom Rathaus wieder Besitz ergriffen. Die Soldatenräte des Sicherheitsausschusses wurden allesamt verhaftet, so auch der Soldatenrat Lojewski, der nur wenige Wochen später von Freikorps ermordet wurde.

Es gab drei Varianten darüber, wie der Arbeiterratsvorsitzende Emil Pieser zu Tode kam: 1. Er wurde nach der Verhaftung im Hof des Hauptpostamtes erschossen. 2. Er wurde im Rathaus durch einen gezielten tödlichen Schuss daran gehindert, eine Handgranate zu zünden. 3. Er wurde nach der Verhaftung bei einem Fluchtversuch erschossen.

In direkter Folge wurden weitere Arbeiterräte und Soldatenräte verhaftet, in der Hoffnung auf »Ruhe« bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar und Diskreditierung der USPD-Kandidaten. Letzteres gelang zumindest in Spandau nicht, hier wurde die USPD zweitstärkste Kraft mit fast 16.000 Stimmen hinter der SPD mit 22.000 Stimmen. Übrigens mit auf der SPD-Kandidatenliste stand die Abgeordnete Marie Juchacz, die am 19. Februar als erste Frau und Parlamentarierin eine Rede in der Nationalversammlung hielt.

Thomas Streicher